



Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der außerordentlichen
Ratssitzung am 17. September 2007.

Aktuelle Anfragen

Die Feier der rechnerischen Schuldenfreiheit am 12.9. nahm BÜ 90 zum Anlass, aktuelle Fragen zu stellen. Der Verwaltung begründete die Absperrungen des Marktplatzes mit der eingeschränkten Kapazität des Platzes, da ja alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung eingeladen waren. Die Stadt habe auf dem Platz das Hausrecht. Alkoholisierten Personen wurde der Zugang verweigert. Der Demonstrationsfreiheit sei man nachgekommen, da Plakatträger auch außerhalb der Absperrgitter für alle Festteilnehmer sichtbar waren.

Anträge der Fraktionen

Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde ein Antrag der SPD abgelehnt, die halbe Stelle einer Bibliothekarin an der Heinrich-Heine-Gesamtschule entsprechend dem Stellenplan wieder zu besetzen, nachdem der Oberbürgermeister die Wiederbesetzung für die in Ruhestand gegangene Stelleninhaberin abgelehnt hatte. Laut FDP ist eine Bibliothekstelle sachlich nicht zu rechtfertigen, dies könnte ehrenamtlich erledigt werden. Die CDU meinte, die Gesamtschule wurde jahrelang bevorzugt, weil dies die einzige Bibliothekstelle war. Daraufhin kündigte die SPD an, das Thema Schulbibliotheken im Rahmen der Haushaltsberatungen für alle Schulen der Sekundarstufe I aufzugreifen.

Auf Antrag von SPD, BÜ 90 und FDP kräftigte der Rat gegen CDU und Reichert bei Enthaltung von Krüger seinen Beschluss, dass vom Rat ein gastronomisches Angebot für die Öffentlichkeit auf der Tonhallen-Terrasse gewünscht wird. Der Oberbürgermeister hatte einen Ratsbeschluss im Juni beanstandet, weil sich dieser nur auf die Düsseldorfer Bürger bezog und damit angeblich auswärtige Gäste diskriminiert wurden. Abgelehnt wurde durch SPD, BÜ 90, FDP, Linke Liste und

Lemmer ein Änderungsantrag der CDU, bestimmte Kriterien zu gewährleisten, wie ausreichende Servicestationen und Toiletten, die der Qualität der Architektur der Tonhallen entsprechen sollten, sowie ein Gastronomiekonzept, das dem Anspruch der Tonhalle und des Kulturzentrum Ehrenhof gerecht wird.

Gegen die Stimmen von SPD, BÜ 90 und Linker Liste beauftragte der Rat auf Antrag von CDU und FDP die Verwaltung, ein Konzept über kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Optimierung der Bedingungen des ruhenden Verkehrs schwerpunktmäßig in der Innenstadt und den angrenzenden Quartieren der Gründerzeitviertel zu entwickeln. Hierbei sollen Standorte weiterer Anwohner-Quartiersgaragen unter öffentlichen Plätzen, Schulhöfen und Privatgeländen untersucht, Anwohnerparkzonen ausgeweitet, zeitbeschränkte Mitbenutzung von Firmenparkplätzen, Erweiterung der Parkplatzangebote im öffentlichen Straßenraum durch Schrägparken, Einbahnregelungen, Mitbenutzung breiter Bürgersteige und Rückbau von Straßenverkehrsschwenkungen untersucht werden. Abgelehnt durch CDU, FDP und Reichert wurde ein Änderungsantrag von SPD und BÜ 90, den Straßenraum zur Optimierung des Parkraumangebotes neu zu ordnen. Als Maßnahmen waren gedacht: sichere Fußgängerüberwege, angemessen breite Fuß- und Radwege, der Bau von Fahrradabstellanlagen und Boxen, Konzepte zur Stärkung des Car-Sharings nebst Parkplätzen, Quartiersgaragen, die stärkere Bewirtschaftung des öffentlichen Parkraums, die Ausweitung des Anwohnerparkens, ein Anreizsystem, private Parkplätze zur Verfügung zu stellen, die Optimierung des Anlieferverkehrs und die Verbesserung des Stadtgrüns.

Gegen CDU, Reichert und Krüger sprach sich der Rat auf Antrag von SPD/Bü 90 für den Erhalt der Zentralen Ausländerbehörde, insbesondere der Erstaufnahme von Flüchtlingen, in Düsseldorf aus und beauftragte die Verwaltung, mit dem Land über die Modalitäten zur Aufrechterhaltung zu verhandeln. Dabei sollen Vorschläge unterbreitet werden, wie die Aufgaben unter den gegebenen Mittelkürzungen des Landes mit welchem Personalbestand künftig weiter zu erfüllen sind.

Die SPD hatte beantragt, den Grundsatzbeschluss zum Verkehrskonzept Gerresheim/Vennhausen (L404n) vom 15.7.2004 aufzuheben. Zur Zeit laufen bereits die Vorbereitungen für den ersten Bauabschnitt zwischen Vennhauser Allee und Torfbruchstraße. Durch das Auslaufen der Produktion am Standort der Gerresheimer Glashütte ergeben sich aber grundsätzlich neue Optionen einer verkehrlichen Erschließung. CDU, FDP, Reichert und Krüger (Enthaltung Lemmer) lehnten diesen Antrag ab. Nach Ansicht der CDU ist das Gelände in keinsten Weise tangiert.

Bei Enthaltung von SPD, BÜ 90 und Lemmer wurde gegen die Linke Liste ein Antrag von CDU/FDP beschlossen, durch den die Verwaltung gebeten wird, einen Bericht zu erstellen, der die Situation der jungen Menschen ohne Ausbildung und Job bzw. ohne Schulabschluss ausweist. Das Zusammenwirken Jugendberufshilfe – Schulsozialarbeit mit den Maßnahmen Übergang Schule – Beruf sind inhaltlich und fiskalisch zu erläutern. Abgelehnt wurde von CDU und FDP bei Enthaltung Krüger ein Ergänzungsantrag von BÜ 90, die Maßnahmen auch inhaltlich und konzeptionell darzustellen und nicht Kostengesichtspunkte, sondern pädagogische und sozialarbeiterische Aspekte in den Vordergrund zu stellen.

Abgelehnt von CDU, Krüger, Reichert, Lemmer und Linker Liste wurde ein Antrag von SPD und BÜ 90, eine Kleine Kommission – Projektmanagement im

Baubereich - einzusetzen, die die Vorgänge um den Umbau der Paketpost und das Projekt Burgwächter Castello aufklärt und Vorschläge zur künftigen Organisation des Projektmanagements im Baubereich auf der Grundlage der Anregungen der verwaltungsinternen Projektgruppe entwickelt. Nach Auffassung der CDU soll die Aufklärung im Rechnungsprüfungsausschuss erfolgen, und eine kleine Kommission bzw. ein Arbeitskreis soll die zukünftige Organisation ggf. unter Hinzuziehung externen Sachverständs entwickeln. Ein konkreter Antrag hierzu wurde nicht zur Abstimmung gestellt.

Verwaltungsvorlagen

Gegen SPD, BÜ 90, linke Liste, Lemmer, Reichert, Krüger stellte der Rat fest, dass das Bürgerbegehren „Rettet den Golzheimer Friedhof“ unzulässig ist. Die Bürgerinitiative legte zwar eine ausreichende Zahl gültiger Unterschriften vor. Nach Ansicht der Verwaltung ist das Bürgerbegehren aber mittelbar auf eine Bauleitplanung gerichtet (und deshalb nach Gemeindeordnung unzulässig) und kleidet sich nur in das formelle Gewand einer anderen Frage („Soll das zur Zeit als Parkplatz genutzte Grundstück zwischen der Klever Straße, der Fischerstraße, dem Denkmal „Künstleratelierhaus“ und dem Denkmal „Golzheimer Friedhof“ in unbeschränktem Eigentum und unmittelbarem Besitz der Stadt Düsseldorf verbleiben?“). Vor Behandlung des Tagesordnungspunktes wurde die Ratssitzung unterbrochen, um einer Vertreterin der Bürgerinitiative, Frau Dr. Zacher, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Gegen BÜ 90 und Linke Liste bei Enthaltung Lemmer nahm der Rat eine Schenkung der Düsseldorfer Jonges anlässlich des 75 jährigen Bestehens an. Auf der Rasenfläche der Rheinuferpromenade an der Einmündung der ReuterKaserne/Ecke Ritterstraße wird eine Sonnenuhr errichtet. BÜ 90 kritisierte das Verfahren, da mit dem Bau der Sonnenuhr bereits begonnen wurde.

Investitionen

Der Rat beschloss

- die Anpassung des Bau- und Finanzierungsbeschlusses für die Stadtbahnstrecke Wehrhahnlinie. Die Gesamtkosten erhöhen sich von 494 Mio auf 643 Mio Euro. Der Eigenanteil der Stadt steigt von 84 auf 194 Mio Euro. Der Beginn der Rohbauarbeiten im Zentrum der Stadt ist ab Januar 2008 vorgesehen (gegen BÜ 90, linke Liste Lemmer);
- den ersten Teilabschnitt des vierstreifigen Ausbaus der Plockstraße einschl. Lärmschutzwand auf der Südseite bis zur Völklinger Straße mit Gesamtkosten von 3,6 Mio. Die Verwaltung bemüht sich um Fördermittel (gegen Linke Liste);
- den Neubau der Erschließung und Außenanlagen am Deutschen Tischtennis-Zentrum (Grafenberg) mit Gesamtkosten von 0,6 Mio Euro, wobei 0,5 Mio überplanmäßig bereitgestellt werden und genehmigte einen deshalb getroffenen Dringlichkeitsbeschluss (Enthaltung linke Liste).

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

Bitte beachten: Im Verlauf einer mehrstündigen Sitzung können mir durchaus Fehler bei der Wiedergabe der Abstimmungsergebnisse unterlaufen. Deshalb gilt natürlich das offizielle Protokoll, das nach Genehmigung in einigen Wochen im Internet zu finden ist.

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de